

ALTERSGERECHTES WOHNEN

Für die Verbreitung technischer Assistenzsysteme in den eigenen vier Wänden fehlt es an tragfähigen Geschäfts- und Finanzierungsmodellen. Die Anreize müssen erst geschaffen werden.

Bundesgesundheitsminister Philipp Rösler hat die künftige Ausgestaltung der Pflegeversicherung als das dominierende Thema für 2011 bezeichnet. Derzeit lädt Rösler Verbände, Kostenträger und Leistungserbringer zu mehreren Pflegegipfeln ein, um sich ein Bild über die drängendsten Herausforderungen zu machen. Die Koalition hat angekündigt, noch dieses Jahr eine umfassende Reform verabschieden zu wollen.



Angesichts der Prognosen kann es bei der Suche nach Lösungen, nicht nur um die Ausgestaltung der Finanzierung der Pflegeversicherung gehen. Die Frage der Leistungen in der Pflegeversicherung und der drohende Mangel an qualifiziertem Pflegepersonal rücken das Thema „Die Wohnung als Ort der Gesundheitsversorgung“ weiter in den Fokus. Ziel ist, Einweisungen in Pflegeheime so weit wie möglich zu vermeiden beziehungsweise zu verzögern. Damit werden nicht nur Kosten reduziert, sondern vor allem die Lebensqualität der Patienten erhöht. Der demografische Wandel erlaubt es nicht, Möglichkeiten und Wege zu vernachlässigen, die pflegebedürftigen Personen ein längeres, selbstbestimmtes Leben in den eigenen vier Wänden ermöglichen.

Die ZVEI-Mitglieder decken dabei ein breites Spektrum an bereits heute verfügbaren Systemen und Komponenten ab, die den Patienten unterstützen und ihm Kontroll- und Steueraufgaben abnehmen. Dazu gehören neben Anla-

gen zur Gesundheitsüberwachung auch Sicherheitssysteme und Komponenten der Haustechnik, beispielsweise Hausnotrufsysteme, die Steuerung von elektronischen Haushaltsgeräten oder Haus- und Wohnungsfunktionen. Gesundheitswirtschaft geht somit in Zukunft über die Kranken- und Pflegeversorgung im engeren Sinne hinaus und sorgt für eine längere, unabhängige Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

Die Hürden für die Verbreitung von technischen Assistenzsystemen sind vielfältig. Die künstliche Trennung von Gesundheits- und Pflegeversicherung sorgt dafür, dass Investitionen in die technische Infrastruktur einer Wohnung nicht durch die Erstattungssysteme der Sozialversicherungen abgedeckt sind. Maßnahmen, die verhindern, dass chronisch Kranke stationär pflegebedürftig werden, lassen sich nicht zuordnen, obwohl dies die Kassen insgesamt deutlich entlasten würde. Das häusliche Umfeld ist noch nicht ausreichend als Gesundheits- und Pflegestandort anerkannt. Noch komplizierter wird es bei präventiven Maßnahmen für Personen, die gesund sind. Die Kassen sind hier nicht zuständig. Seniorenpolitik liegt im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Für das Thema Wohnen im Alter und Infrastrukturmaßnahmen am Bau wiederum ist das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zuständig.

Bisher sind daher breit angelegte, tragfähige Geschäftsmodelle für technische Unterstützungssysteme in Privathaushalten noch selten. Die meisten Lösungen sind zwar zeitnah umzusetzen und lieferbar, die Entwicklung von Finanzierungsmodellen gestaltet sich



Intelligentes Wohnen soll Pflegebedürftigen ein Leben im eigenen Heim ermöglichen.

jedoch schwierig. Einige der Anschaffungen stellen für Bauherren aufgrund der zusätzlichen Investitionskosten eine hohe Hürde dar, zumal es konkurrierende Maßnahmen wie die politisch geförderte energetische Gebäudesanierung gibt. Die Tatsache, dass der Investor häufig nicht auch der Nutznießer der Maßnahmen ist, erschwert die Situation zusätzlich. Bisher sind allein Wohnungseigentümer für die Finanzierung der Infrastruktur zuständig, ohne aus dem finanziellen Mehraufwand einen Ertrag ziehen zu können.

Es ist daher Aufgabe der Politik, Anreize zu schaffen, die Verbreitung von technischen Assistenzsystemen zu fördern und die Anerkennung der Wohnung als dritten Standort der Gesundheits- und Pflegeversorgung zu unterstützen. Der ZVEI wird seine Vorschläge zur Förderung technischer Unterstützungsmaßnahmen und zur Entwicklung der Gesundheitswirtschaft in die politische Diskussion der nächsten Monate einbringen.